

Tendenz



Info der Radikaldemokratischen Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Radikaldemokratischen Bildungswerk e.V. Netzwerk der ehemaligen Jungdemokrat*innen/Junge Linke, DJD, LHV, Radikaldemokratischen Hochschulgruppen, und des LSD.
www.radikaldemokratische-stiftung.org

Nr. 1/2021 24. Dezember 2021

Editorial

Liebe Freundinnen und Freunde, Corona hat auch beim Radikaldemokratischen Bildungswerk mit voller Wucht eingeschlagen. Unsere Pläne, 2020 mehrere Veranstaltungen gegen rechts und Antisemitismus zu organisieren, lösten sich im wahrsten Sinne des Wortes in (Atem-)Luft auf. Zwar sind wir inzwischen in der Lage, mit dem einigermaßen datenschutzfreundlichen "Go To Meeting" virtuelle Veranstaltungen mit bis zu 150 Teilnehmer*innen durchzuführen, aber die Realisierung von drei Terminen vor der Bundestagswahl scheiterten - alle Referent*innen haben zugesagt - nur nicht zum gleichen Termin. Mit diesem Info wollen wir einen aktuellen Beitrag leisten, um die Analyse und Diskussion über die Ampelkoalition anzuregen und auszuloten, in welcher Weise dieses neue Politikkapitel einzuschätzen

ist und ob es eine Chance sein kann, für linksliberale, soziale und radikaldemokratische Politik Druck zu machen und mehr **Demokratie** zu wagen. Basismitglieder und prominente JDler*innen aus vier Parteien und ohne Parteimitgliedschaft schätzen die Koalitionsvereinbarung aus unterschiedlichen Perspektiven ein. Wird es lediglich eine Ampel, oder besteht Hoffnung auf eine im besten Sinne sozialliberal-grüne Regierung? Was ist von den Versuchen zu halten, an diese Geschichte anzuknüpfen? Wie wirken sich die Koalitionspläne auf die beteiligten Parteien aus? Wie wird sich die Friedens- und aussenpolitische Lage Deutschlands und Europas ändern? Wird der Abbau von Bürgerrechten seit 9/11 auf den Prüfstand gestellt? Bietet die neue Bundesregierung den Datenkraken Facebook, Google, Amazon und Microsoft endlich die Stirn

und beschützt Bürger*innen vor der Veräußerung ihrer digitalen Persönlichkeitsrechte? Und vor allem: Wird der zweifellos notwendige außerparlamentarische Druck z.B. durch "Fridays For Future" ausreichen, um die Koalition zum Erfolg, der über das Papier hinaus geht, zu zwingen? Eure Diskussionsbeiträge sind erwünscht. Die nächste Ausgabe erscheint in Kürze.

Wir wünschen Euch eine frohe und erholsame Weihnachtszeit, mit Jahresendflügelfigur, Tannenbaum oder anderen Kultgegenständen, die zum Jahreswechsel so üblich sind - Schwarzpulver ist dieses Jahr wieder verboten!

Bleibt gesund und politisch!

Der Vorstand des RDB e.V.

Koalitionsvertrag

Bemerkungen zum Jahreswechsel - meine Bewertung der Ampel

von Gerhart R. Baum

Ich sehe die neue Koalition mit positiven Erwartungen. Die Verbindung von sozial, ökologisch und liberal entspricht meinen Grundüberzeugungen. Mit Erstaunen lese ich, dass der FDP Vorsitzende von einer ökologischen Marktwirtschaft spricht. Unter dieses Motto hatte ich vor Jahrzehnten einmal einen Bundesparteitag gestellt, wohl vorbereitet von Peter Menke-Glückert. Er fand statt, hatte aber keine nachhaltige Wirkung. 13 Jahre waren Liberale für den Aufbruch des Umweltschutzes in der Republik verantwortlich. 1982 wurde mit der Aufgabe des Bundesinnenministerium nicht nur meine Politik insgesamt demontiert, sondern auch das Thema Umweltschutz. Und wie oft haben wir in all den Jahren versucht, die soziale Verantwortung des Liberalismus gegen die Marktliberalen wieder in Stellung zu bringen. Oft vergeblich. Nun ist diese Komponente stärker. Die Liberalen leiden an einem verqueren Freiheitsverständnis. Sie misstrauen dem Staat Das ist im Grunde berechtigt. Wilhelm von Humboldt hat die Grenzen der Staatstätigkeit definiert. Aber sie misstrauen ihm auch dort, wo er handeln muss, im Umweltschutz. Er braucht Regeln - und sie bewirken Innovation. Es gibt kein "statt Regeln Innovation", wie Lindner meint. Regeln und Innovation sind kein Gegensatz. Sie bedingen einander. ...



Schon hat die Ampel die Prämie für Elektroautos verlängert. Elektroautos werden zur Regel werden. In der Pandemie gab es gute Ansätze der FDP, Freiheitseinschränkungen zu hinterfragen - aber sie haben sie auch dann abgelehnt - und damit waren sie nicht allein - wo sie unverzichtbar waren. Auch haben sie immer wieder verfassungsrechtliche Bedenken ins Spiel gebracht, wo sie gar nicht berechtigt waren. Das Grundgesetz gibt den Verfassungsauftrag, Leben und Gesundheit zu schützen - unter engen Voraussetzungen. Jetzt ist die FDP zum Ärger einiger Wählergruppen in der Realität angekommen. Wie hat Hirsch vor dem Bundesverfassungsgericht plädiert: "Wer das Leben verliert, erleidet den totalen Freiheitsverlust". Und so wird es weitergehen mit dem neuen Verantwortungsbewusstsein in Regierungsverantwortung, z.B. in der Europapolitik.

Das betrifft auch die GRÜNEN, die versucht haben mit der Verabsolutierung des Klimaschutzes zu punkten und dabei von 28 auf 14,5 % gesunken sind. Ein enttäuschendes Wahlergebnis! Das waren nicht nur die Ungeschicklichkeiten der Kanzlerkandidatin. Jetzt müssen sie ihren Anhängern erklären, wie schwierig die Umsetzung der leicht formulierten Zielvorstellungen sind. Wie verkräftet unsere Gesellschaft diese Transformation, ohne gravierende Schäden für Wirtschaft und Arbeitsmarkt? Das ist eine gewaltige Kraftanstrengung. Wie wird auf Dauer und ohne Importe unsere Elektrizitätsversorgung gesichert?

Also beiden neuen Regierungsparteien tut die Regierungsverantwortung gut - und sie tut auch dem Land gut. Aber auch die Sozialdemokraten werden sich einiges fragen lassen müssen: Wie können denn die Renten wirklich gesichert werden und die Dauer der Lebensarbeitszeit? Und natürlich bringt die FDP ihre Orientierung an Selbstverantwortung, Wirtschaftswachstum, an der Verwirklichung von Aufstiegschancen, an Nutzung der Digitalisierung und an den Bürger- und Menschenrechten ein.

Ich verstehe eine liberale Partei als *FREIHEITSPARTEI*. Das ist nirgends besser ausgedrückt als in den *FREIBURGER THESEN*, vor allem in deren Einleitung. Und entgegen Christoph Möllers im „Spiegel, sind die GRÜNEN nicht die andere liberale Partei. Sie vertreten nicht in aller Konsequenz das Leitmotiv liberaler Politik: alles muss an der Freiheit gemessen werden. Die Grünen misstrauen allzu oft der Freiheit. Viele wichtige Ziele, wie Frieden, Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit, Demokratie vertreten sie in ihrem Grundsatzprogramm. Diese Ziele vertreten wir auch, aber wir messen ihre Verwirklichung immer am Freiheitsgewinn und Freiheitseinschränkungen an ihrer unbedingten Notwendigkeit. . Und es ist ein Zerrbild, wenn Möllers meint, die FDP sei die Partei „des kurzfristigen Wollens“ und die Grünen die Partei des „zukünftigen Sollens“. Schon ihre Skepsis gegenüber technologischem Fortschritt spricht dagegen.

Die FDP hat mir immer wieder Anlass gegeben, sie zu kritisieren. Aber in ihren historischen Wurzeln, in vielen Elementen ihrer Nachkriegspolitik und auch in ihrem heutigen Selbstverständnis, die junge Liberale veranlasst, sich mit *FREIBURG* und *Dahrendorf* zu befassen, ist sie die Freiheitspartei. Die Ampel kann und sollte dabei helfen, dieses Profil zu schärfen.

Wieder vier ehemalige Jungdemokrat*innen im Deutschen Bundestag

Wie 2017 wurden vier ehemalige Jungdemokrat*innen in den 20. Deutschen Bundestag gewählt.

Wolfgang Kubicki ist das wohl langjährigste Politikfossil mit Jungdemokraten-Herkunft in vielen Ämtern und Funktionen. Kubicki zog jeweils über Listenplatz eins der FDP Schleswig-Holstein ins Parlament ein.



Auf Platz eins der bayrischen Landesliste der Grünen war auch **Claudia Roth** erfolgreich.

Beide wurden 2017 mit gleicher Stimmenzahl zu Vizepräsident*innen des Bundestages gewählt. 2021 bekam Claudia eine Stimme mehr. Wie Konrad Adenauer hatte sie sich diesmal selber gewählt. Mit der Regierungsbildung wurde sie Staatsministerin für Kultur im Kanzleramt.

Auch die beiden anderen Ex- JD/JL Judos sind gute Bekannte: **Pascal Meiser**, 2002 kooptiertes BuVo-Mitglied der JD/JL, zog über Listenplatz 2 der Berliner Linken und **Matthias W. Birkwald** über Platz 2 der Linken NRW in den Bundestag ein. Matthias war politischer Referent im Landesverband NRW der Jungdemokrat*innen.



Pascal Meiser ist wirtschaftspolitischer Sprecher seiner Fraktion, Matthias W. Birkwald sozialpolitischer Sprecher der Linken. Er hat für uns den rentenpolitischen Teil der Koalitionsvereinbarung kommentiert.

Andere Zeiten, anderes Koalieren



von Günter Verheugen

Bild: ARD Tagesschau

Wenn man die sozialliberale Koalition von 1969 vom ersten bis zum letzten Tag miterlebt hat, ist die Versuchung groß, die damalige Koalitionsbildung mit der Ampelkoalition von 2021 zu vergleichen. Einen besonderen Erkenntnisgewinn verspricht diese Übung aber nicht. Die zeitliche Distanz ist einfach zu groß. Hätte man 1969 einen historischen Anknüpfungspunkt vor ebenfalls 52 Jahren gesucht, wäre man im Jahr 1917 gelandet, das Jahr, in dem zwar die Konturen der späteren Weimarer Koalition sichtbar wurden, sonst aber alles ganz anders war. Auch dieses Mal ist alles ganz anders. Auch wenn sich die neue Koalition ein Motto gegeben hat („Mehr Fortschritt wagen“), das gewiss nicht zufällig an das „Mehr Demokratie wagen“ von 1969 erinnert, bleibt es dabei, dass die zu lösenden Aufgaben völlig unterschiedlich sind.

Neue stabile Konstellation oder nur Zweckbündnis ohne Perspektive?

Diese großen Unterschiede werden auch in den Namen der Bündnisse sichtbar. Ampelkoalition ist ein politisch inhaltsloser, rein technischer Begriff. Sozialliberal, das war natürlich ein ganz anderer Anspruch, der -das sei nicht vergessen- in der FDP keineswegs von allen akzeptiert wurde und in der damaligen SPD auch nicht. Der unterschiedliche Charakter der Benennung drückt einen fundamentalen Wandel aus. Bei heutigen Koalitionsbildungen kommt es nicht mehr auf eine ideologische Gemeinsamkeit an, die notfalls mit einer großen programmatischen Kraftanstrengung wie den Freiburger Thesen erst noch hergestellt werden muss. Ein solches einigendes geistiges Band ist heute nicht mehr vonnöten. Koalitionen ergeben sich aus arithmetischen Zwängen, weshalb die Koalitionslandschaft in Deutschland heute ein bunter Flickenteppich ist. Die Ampelkoalition ist das Ergebnis des Niedergangs der Volksparteien, des Aufkommens neuer Konkurrenten links (Linkspartei), in der Mitte (Grüne) und rechts (AfD). Wie das alles kam und warum, ist in der Rückschau gut zu erklären. Aber noch ist unklar, ob das Vielparteiensystem die Stabilität früherer Zeiten herstellen kann. Wird es neue Blockbildungen geben oder nur noch Zweckbündnisse ohne langfristige Perspektive?

FDP Gewinner der Entideologisierung

Das Vielparteiensystem mit der Entideologisierung von Koalitionen hat einen klaren Gewinner hervorgebracht: die FDP. Sie ist ein existentielles Problem losgeworden, das sie seit ihrer Gründung immer wieder an den Rand des Untergangs gebracht hatte. Was Genscher mit seiner Strategie der Eigenständigkeit ohne Erfolg zu erreichen suchte, einen festen und ausreichend großen Wählerstamm der FDP, ohne Teil eines politischen „Lagers“ zu sein, ist Lindner regelrecht in den Schoß gefallen. Koalitionsaussagen sind nicht mehr nötig, werden auch nicht mehr erwartet. Die FDP kann „um ihrer selbst willen“ (Genscher) gewählt werden.

Was bedeutet das in Hinblick auf Koalitionstreue? Olaf Scholz ist jedenfalls gut beraten, wenn er in Rechnung stellt, dass mindestens einer seiner Koalitionspartner ganz gut auch anders kann. Er wird der FDP beträchtliche Spielräume gewähren müssen, der Koalitionsvertrag liefert bereits einen Vorgeschmack.

Grüne die gerupften Hühner

Vom Führungsstil des Kanzlers wird viel abhängen, denn die Spielräume des einen begrenzen die des anderen. Die Grünen sind ohnehin aus den Koalitionsverhandlungen wie gerupfte Hühner hervorgegangen und müssen nun sehen, wie sie die hohen Erwartungen herunterschrauben, die sie vor der Wahl erzeugten. 50 Prozent Frauenanteil im Kabinett und ein Minister aus einer türkischen Einwandererfamilie werden nicht ausreichen. Allerdings fällt mir bei dieser Gelegenheit auf, dass es im ersten Kabinett von Willy Brandt nur eine einzige Frau gab und in späteren sozialliberalen Kabinetten auch nicht mehr. Wichtig ist auf dem Platz, lautet eine alte Fußballweisheit. Das heißt hier: Wichtig ist, wie die Ampelkoalition das Gebirge von Problemen abtragen wird, die sie als Erbe von 16 Jahren Merkel übernommen hat und allein davon wird abhängen, ob sich ein Bündnis gebildet hat, dass auf längere Zeit zusammenbleiben kann oder ob nach der nächsten Wahl eine ganz andere Konstellation entstehen wird.

Die Asyl- und Migrations-Ampel: Gelb-Grün nach Innen, Rot nach Außen

von Dr. Helen Schwenken

Ton und Inhalt des Koalitionsvertrags in den Themen Migration, Integration und Asyl sind gemischt. Er enthält einige erfreuliche Ankündigungen (umgesetzt sind sie damit noch lange nicht...), einige Nicht-Verbesserungen und weitere Verschärfungen. Zusammenfassen lässt sich der Koalitionsvertrag mit dem Bild der Ampel:



Auf Grün geschaltet ist sie für einige Menschen, die

endlich hoffen können, eine sichere Aufenthaltsperspektive oder schneller die deutsche Staatsbürgerschaft zu bekommen (nach i.d.R. fünf statt bisher acht Jahren, S. 118). Erfreulich sind die budgetären Ankündigungen, die die Fortsetzung oder Verstärkung von Beratungsangeboten für Migrant*innen und Geflüchtete und Angebote von Migrant*innen-selbstorganisationen vorsehen oder auch, dass „alle Menschen, die nach Deutschland kommen von Anfang an“ (S. 139) Integrationskurse besuchen dürfen.

Hoffnung für Menschen ohne Papiere

Eine kleine, aber wichtige Verbesserungen für Menschen ohne Papiere könnte umgesetzt werden: "Die Meldepflichten von Menschen ohne Papiere wollen wir überarbeiten,

damit Kranke nicht davon abgehalten werden, sich behandeln zu lassen" (S. 139). Endlich geht es zurück zum Stand vor den Verschärfungen der letzten Jahre bei der Familienzusammenführung für Geflüchtete, Stichwort: zunächst die temporäre, dann die unbestimmte Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Geschützte. Eindeutig heißt es: „Wir werden die Familienzusammenführung zu subsidiär Geschützten mit den GFK-Flüchtlingen gleichstellen“ (S. 140). Auch der Geschwisternachzug soll endlich ermöglicht werden (ebd.). Und der erforderliche Sprachnachweis kann künftig erst nach Ankunft erbracht werden (ebd.). Das sind einige menschenrechtlich wichtige Verbesserungen. Allerdings reicht das nicht: Ohne deutlich mehr Personal in den deutschen Botschaften in Regionen mit vielen Anträgen (Stichwort: monatelange Wartezeiten auf einen Termin) und eine Beschleunigung der Visumsverfahren wird sich de facto wenig ändern.

Mehr Personal, mehr Beratung, "Spurwechsel" etwas vage

Warum keine Regelung wie in Portugal, dass die Familienzusammenführung automatisch genehmigt ist, wenn sie eine Verfahrensdauer von sechs Monaten überschreitet? Einige Schritte in Richtung Asylverfahrensbeschleunigung in Deutschland sind vorgesehen: „Asylverfahren müssen fair, zügig und rechtssicher ablaufen“ (S. 139) lautet die Devise. Asylverfahren und bürokratische Anforderungen sind nur schwer verständlich. Betroffene können sich oft nur mit Unterstützung durch professionelle Beratungsstellen oder Ehrenamtliche zurechtfinden (und selbst für diese ist es schwer). Die intendierte „Unlesbarkeit“ des Systems soll nun verringert werden durch die geplante Einführung einer „flächendeckende[n], behördenunabhängige[n] Asylverfahrensberatung“ (S. 139). Positiv ist, dass die Widerrufsprüfung von Asylentscheidung „künftig wieder anlassbezogen“ (S. 139) und nicht bei allen erfolgen soll. Allerdings dürfte das (auch mit den weiteren dort erwähnten Vorhaben) nicht reichen, um die Verfahrensdauer und die Belastung der Verwaltungsgerichte entscheidend zu verringern. Daher: mehr und qualifiziertes (siehe die auf S. 118 erwähnte geplante „ganzheitliche Diversity-Strategie“ für die Bundesverwaltung) Personal ist notwendig. Der im Wahlkampf von roter und grüner Seite vollmundig angekündigte „Spurwechsel“ findet sich auf S. 138 in den Vorhaben zur Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung. Betrieben und Auszubildenden soll durch eine Aufenthaltserlaubnis mehr Rechtssicherheit geben werden. Das ist erfreulich. Allerdings sind die Vorhaben für Personen mit einer Beschäftigungsduldung recht vage gehalten: Die „Anforderungen [wollen wir] realistisch und praxistauglicher“ fassen. Hier ist abzuwarten, ob und für wie viele der Spurwechsel gelingt. Bei der angekündigten Oppositionsarbeit von CDU/CSU und AfD bei Migrationsthemen, wird das schwer sein.

In neoliberalen Gelb leuchtet die Ampel für diejenigen, die nach mindestens fünf Jahren Kettenduldungen ihre „Integration“ beweisen müssen, denn stärker als je zuvor gibt es Instrumente, die „eine einjährige Aufenthaltserlaubnis auf Probe“ oder ein „Chancen-Aufenthaltsrecht“ (S. 138) vorsehen. Während des einen Jahres sollen dann „die übrigen Voraussetzungen für ein Bleiberecht“ (ebd.) erfüllt werden, insbesondere die – im Niedriglohnsektor nicht einfach zu realisierende – Sicherung des Lebensunterhalts. Auch sollen „neue Chancen“ geschaffen werden für „gut integrierte

Jugendliche“ und „[b]esondere Integrationsleistungen von Geduldeten würdigen wir, indem wir nach sechs bzw. vier Jahren bei Familien ein Bleiberecht eröffnen“ (S. 138). Hier geht es um Möglichkeiten, die sicherlich einige werden nutzen können, aber dies ist keine Rechtssicherheit. Der Ermessensspielraum wann jemand als „gut integriert“ gilt, ist dehnbar und wie Erfahrungen insbesondere von diskriminierten Personengruppen zeigen, auch nicht vorurteilsfrei. Zugleich sind negative Bescheide in die Öffentlichkeit leichter vermittelbar, denn X hat sich halt nicht genug angestrengt. Aber: eine „gute Integration“ ist nicht nur von der eigenen Anstrengung abhängig, auch vom Umfeld, von den Ressourcen über die eine Person verfügt und von anderen Bedingungen. Auf Kindern wird besonderer Druck lasten in der Schule nicht negativ aufzufallen, wenn der Aufenthalt der Familie von ihnen abhängt.

Rot leuchtet die Ampel weiterhin für Menschen, die an den Grenzen Europas warten (nichts Gutes lässt das Zusehen der neuen Regierung der katastrophalen Situation an der polnisch-belarussischen Grenze erwarten – warum kein konsequentes Eintreten für das Recht, einen Asylantrag stellen zu dürfen?) oder jene, die die Ampel-Regierung per „Rückführungsoffensive“ (S. 140) in großem Maße abzuschieben plant. Eine Einschränkung, nicht mehr in Krisen- und Kriegsgebiete abzuschieben, fehlt. Der pastorale Ton „Nicht jeder Mensch, der zu uns kommt, kann bleiben“ (ebd.) soll für die Abschiebeoffensive Verständnis wecken ebenso wie die nach einer Einschränkung klingende Passage, dass „insbesondere die Abschiebung von Straftätern und Gefährdern“ (ebd.) umgesetzt werden soll. Damit sind die auch jüngst wieder bekannt gewordenen Abschiebungen von Jugendlichen, die ihr ganzes Leben in Deutschland verbracht haben, von nachts abgeschobenen schwer behinderten Personen oder Fachkräften wenige Wochen bevor sie sich acht Jahre in Deutschland aufhalten und ein Bleiberecht hätten – um mich nur auf einige Fälle aus Dezember 2021 zu beziehen – weiterhin möglich. ... weiter auf S. 6



Die FDP und ihr Programm 2021

Ingrid Mattäus-Maier ist nicht mehr Mitglied des WDR-Rundfunkrates. Diesen Sitz hatte sie fünf Jahre für die nichtreligiösen Gruppen inne. Möglich machte dies eine Regelung, die sieben Repräsentant*innen gesellschaftlicher Gruppen – die Konfessionslosen stellen weit vor Katholen und Evangelen den grössten Bevölkerungsanteil – vom Landtag gewählt entsandte.

Nach der "Reform" auf Betreiben der CDU/FDP Landesregierung NRW wurde dieses Kontingent auf fünf Sitze verkleinert und – oh Wunder – war nun kein Platz mehr für die Konfessionslosen. Natürlich bedauerte, so IMM, besonders die FDP dies ihr gegenüber ausdrücklich.

Da ist es sicher auch Zufall, dass alle FDP-Bundesminister*innen der Ampel bei der Vereidigung vor dem Bundestag die **klerikale Eidesvariante** wählten.

Vielleicht wäre ein Exemplar des Kirchenpapiers dazu ein passendes Weihnachtsgeschenk. roa

Gesetzliche Rente ausbauen

von **Matthias W. Birkwald**

SPD, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und FDP haben sich auf einen Koalitionsvertrag geeinigt, der in der Rentenpolitik viele Fragen offen lässt und mit 'Haltelinien', 'Prüfaufträgen' und der Neuauflage von in den vergangenen vier Jahren nicht Erledigtem, eher nach Stillstand als nach Neustart oder gar Fortschritt aussieht. Ich habe mir das Kapitel genauer angeschaut.

Das einzig Gute an den Koalitionsbeschlüssen zur Rente ist, dass die FDP sich mit ihren radikalen Angriffen auf die gesetzliche Rente nicht durchsetzen konnte: Die Regelaltersgrenze wird nicht erhöht und das Mindestrentenniveau von 48 Prozent ohne Rechenricks bleibt als untere Haltelinie erhalten. Eine echte Aktienrente zu Lasten der gesetzlichen Rente wird es nicht geben.

Stillstand statt Rentenerhöhung

Aber: Das Ergebnis dieses Abwehrkampfes heißt sozialdemokratischer Stillstand im Kampf für ein höheres Rentenniveau. Auf die große Frage, wie die stetig steigende Altersarmut bekämpft werden soll, finden sich im Koalitionsvertrag keine Antworten. Mit rentenpolitischem ‚Fortschritt‘ oder gar einem ‚Neustart‘ hat das nichts zu tun. Gemeinsam mit den Gewerkschaften und den Sozialverbänden brauchen wir eine ehrliche Debatte über eine stabile Finanzierung guter Renten. Die Steuerschätzung geht für die kommenden Jahre von zusätzlichen 15 Milliarden Euro pro Jahr aus. Da die Ampel auf Steuererhöhungen für Reiche verzichtet und die Beitragssatzbremse im Gesetz bleibt, heißt das klipp und klar: Für echte Leistungsverbesserungen für heutige und zukünftige Rentner*innen bleibt nichts mehr übrig. Und für eine sachgerechte Finanzierung der vielen nicht beitragsgedeckten Leistungen gibt es ebenfalls kein Geld. Von den zehn Milliarden Euro, die die Rentenversicherung im kommenden Jahr auf Wunsch der FDP bis auf Weiteres auf dem Kapitalmarkt parken soll, sind keine großen Sprünge zu erwarten, denn dieser Betrag entspricht in etwa den Einnahmen und Ausgaben der Rentenversicherung von elf Tagen. ... weiter auf Seite 6

Unwirtliche Zustände für Neuankommende und Personen mit unklaren Erfolgsaussichten im Asylverfahren sind auch weiterhin gewollt. Zunächst liest es sich hoffnungsmachend: "Das Konzept der AnKER-Zentren wird von der Bundesregierung nicht weiterverfolgt." Aber: Nicht nur in AnKER-Zentren (in Bayern) ist die Situation miserabel. Auch in vielen Zentralen Unterbringungseinrichtungen (ZUE) (wie jüngst wieder in der ehemaligen York-Kaserne in Münster in NRW) beklagen die Bewohner*innen die hygienischen Zustände und eine aggressivitätsfördernde und bevormundende Stimmung. Der Koalitionsvertrag sieht keinen Änderungsbedarf – noch nicht einmal einen Prüfauftrag – für die bis zu 24-monatige Unterbringung in ZUE bei "geringer Bleibeperspektive". Die Integration der dort Unterbrachten ist auch unter der Ampel unerwünscht, auch wenn viele letztendlich bleiben werden.

Was bedeutet Frontex als "echte Grenzschutzagentur" aufzubauen?

Rot ist bei einem Vorhaben der Ampel eindeutig übertreten: Frontex soll zu einer „echten Grenzschutzagentur“ aufgebaut werden und sich an der Seenotrettung beteiligen (S. 141). Über diesen Satz kann man sich nur wundern: Eine Behörde, deren Mandat es ist, Migration zu verhindern und deren Praxis und (Corps-)Geist es ist, Boote auf dem Mittelmeer außerhalb der EU-Gewässer zurück zu ziehen (push-backs!) und die mit der mafiösen libyschen Küstenwache kooperiert, soll Schutzsuchenden helfen? Frontex gehört abgeschafft.

Alles in Allem: Die Ampel blinkt rot, gelb und grün zugleich. Für einen „Paradigmenwechsel“ (S. 137) sind die Vorhaben der Ampel allerdings zu wenig ambitioniert. Weder der angekündigte „Spurwechsel“ wird in größerem Umfang ermöglicht noch ein großer Wurf eines Einwanderungsgesetzes o.ä. angekündigt. Restriktive Reformen (wie die „Asylpakete“) sind oft schwer rückgängig zu machen – ja. Aber: mehr wäre nötig gewesen in der derzeitigen Situation und mit Blick auf die Zukunft.

... Matthias Birkwald: Rente ausbauen...

Siinnvoller dagegen wäre, die Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung umzubauen, in die beispielsweise auch Politiker:innen und Beamt:innen einbezogen würden. Hier haben sich SPD und GRÜNE von der FDP die Butter vom Brot nehmen lassen. Alle jetzigen und künftigen Rentnerinnen und Rentner sind also Verlierer der Koalitionsverhandlungen. Die Rentenkürzungspolitik der vergangenen 20 Jahre wird einfach fortgeschrieben – und mit der Wiedereinführung des Nachholfaktors werden die Renten im kommenden Jahr weniger stark steigen als bisher angenommen. Und das bei einer durchschnittlichen Rente von nur 1087 Euro netto vor Steuern.

Die Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns auf zwölf Euro im kommenden Jahr ist begrüßenswert. Das ist nicht zuletzt ein Erfolg der LINKEN im Bundestag, die seit Jahren sagt, dass der Mindestlohn bisher zu niedrig war und nicht vor Altersarmut schützen konnte. Davon könnten bis zu zehn Millionen Beschäftigte profitieren. Rechnet man den Sprung von 9,82 Euro auf zwölf Euro in eine spätere Rente um, so ergäbe sich nach 45 Jahren ein monatliches Plus von rund 150 Euro mehr Rente netto und man käme dann knapp über die heutige Sozialhilfeschwelle von 852 Euro. Das zeigt, dass der gesetzliche Mindestlohn ein wichtiger Schutzschirm gegen Altersarmut ist, aber bei Weitem nicht ausreicht.

Ausweitung der Minijobs kontraproduktiv

Durch die Ausweitung der Minijobgrenze werden außerdem viele gute Effekte des höheren gesetzlichen Mindestlohns wieder zunichte gemacht. Mehr als eine halbe Million sozialversicherungspflichtige Jobs werden durch Minijobs verdrängt. Geringfügig Beschäftigte bleiben zu oft im Niedriglohnsektor hängen, müssen unter ihrem Qualifikationsniveau arbeiten, bekommen oft keinen bezahlten Urlaub und keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Da die Wenigsten Rentenbeiträge entrichten, bringt ein Minijob oft kaum etwas für die eigene Rente und kostet die Sozialversicherungen mehrere Milliarden Euro im Jahr.

Erfreulich ist dagegen, dass nach vierjähriger Blockade endlich auch die Erwerbsminderungsrenten im Bestand verbessert werden sollen und der Härtefallfonds für Ostdeutsche, jüdische Kontingentflüchtlinge und Spätaussiedler endlich kommen soll. Das lange Verschleppen der alten Bundesregierung hat dazu geführt, dass viele Berechtigte nichts mehr von der Entschädigung haben werden. Deshalb muss jetzt unverzüglich ein fünfstelliger Betrag auf den Tisch, um diese Rentenungerechtigkeiten wenigstens im Ansatz zu heilen.

Rente für arbeitende Strafgefangene überfällig

Das gilt auch für die seit 1976 offene Frage, dass arbeitende Strafgefangene für ihre Arbeit keine Rentenpunkte erhalten. Eine entsprechende Regelung ist bisher im Dickicht des Föderalismus blockiert worden. Hier braucht es im Geiste einer echten Resozialisierung endlich ein Bundesgesetz und Bundesmittel. DIE LINKE hat dazu schon 2013 und 2014 entsprechende Anträge eingebracht (Drucksache [17/13103](#) und [18/2606](#)) und wurde immer wieder auf die Länder als angebliche Blockierer verwiesen.

Schöne neue Welt der Ampel

von Hanspeter Knirsch

Kann ein Bündnis besser sein als seine Bestandteile? Immerhin haben SPD, Grüne und FDP es geschafft, eine Koalition jenseits der CDU/CSU zustande zu bringen. Das ist eine politische Leistung, die für sich genommen schon ein Erfolg für die drei Beteiligten ist, wenngleich die Alternativlosigkeit ein entscheidendes Moment gewesen sein dürfte, denn das Bemühen von Armin Laschet, eine Jamaika-Koalition als Option offen zu halten, ist rasch den orientierungslosen Machtkämpfen in den Unionsparteien zum Opfer gefallen.

Die Ampelkoalition ist eine Folge der Erosion der ehemaligen Volksparteien, die sich über Jahrzehnte in der alten Bundesrepublik etabliert hatten.¹ Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament am 26. Mai 2019 erreichten CDU/CSU und SPD zusammen nur 44,7 Prozent der abgegebenen Stimmen. Damit kamen die Union und die SPD zusammen zum ersten Mal bei einer bundesweiten Wahl nicht mehr auf 50 Prozent. Die daraus folgenden Dreierbündnisse unter Ausschluss der AFD sind jedoch eher eine Folge von Wahlarithmetik als von inhaltlicher Übereinstimmung. Als es nach der Bundestagswahl am 26. September 2021 nicht zu rot-rot-grün reichte, reduzierte sich die machtpolitische Option der SPD auf das Zustandekommen einer Ampelkoalition, was den Grünen Jamaika ersparte und die FDP in eine Schlüsselrolle beförderte.

Möchtgern-Volkspartei und Latzhosen in die Altkleidersammlung

Die SPD tut zwar immer noch so, als sei sie eine Volkspartei und habe die Bundestagswahl gewonnen. Dabei übersieht sie, dass ihr relativer Erfolg einer stabilisierten AFD und einem jämmerlichen Zustand der CDU zu verdanken ist. Und die Grünen haben ihre Latzhosen endgültig in die Altkleidersammlung gegeben.

Kurt Kister stellt in der Süddeutschen vom 7. Dezember fest, der gesellschaftliche Konsens sei brüchig wie nie zuvor, ohne anzudeuten, worin dieser Konsens lag oder liegt.

Das Wohlstandsversprechen, das Kister gemeint haben könnte, basiert auf der Annahme ewigen Wachstums. Diese Annahme ist jedoch eine fragile Rahmenbedingung unserer Demokratie, die spätestens seit der spürbaren Zuspitzung der Klimakrise und der erkennbaren globalen Migration von immer mehr Menschen einfach nicht mehr als sicher angesehen wird. Welche Antworten eine aufgeklärte Demokratie auf die nicht zu übersehenden Herausforderungen entwickelt, wird entscheidend für die Lebensbedingungen künftiger Generationen sein.

Aldous Huxley lässt grüßen

Bei der Lektüre des Koalitionsvertrags drängt sich der Eindruck auf, es komme vor allem darauf an, wie schnell Deutschland sich zu einem einzigen Silicon Valley entwickelt und Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Kopf bis Fuß digitalisiert werden. Liest man Sätze wie

- „Auf Basis einer Multi-Cloud Strategie und offener Schnittstellen sowie strenger Sicherheits- und Transparenzvorgaben bauen wir eine Cloud der öffentlichen Verwaltung auf.“ oder
- „Die Potenziale von Daten für alle heben wir, indem wir den Aufbau von Dateninfrastrukturen unterstützen und Instrumente wie Datentreuhänder, Datendreh scheiben und Datenspenden gemeinsam mit Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf den Weg bringen.“ oder
- „Investitionen in Künstliche Intelligenz (KI), Quantentechnologien, Cybersicherheit, Distributed-Ledger-Technologie (DLT)², Robotik und weitere Zukunftstechnologien stärken wir messbar . . .“

dürften sich nicht nur Kulturpessimisten an die „Schöne neue Welt“ von Aldous Huxley erinnert fühlen.

Julian Nida Rümelin fordert von den an der Ampelkoalition beteiligten Parteien im Gespräch mit Gabor Steingart³ eine „gedankliche Grundierung“ ihres Tuns. Wer sich nur dem Alltagspragmatismus hingeebe, werde in der „Entkernung“ landen, also dort, wo sich die Union heute befinde. Die Suche nach Schnittmengen hat in dieser Situation bei den Verhandlungen zur Bildung der Ampelkoalition zu einer ebenso umfangreichen wie merkwürdigen Mischung aus Allgemeinplätzen und höchst konkreten Einzelforderungen geführt, die erahnen lassen, dass die Beteiligten höchst unterschiedliche Vorstellungen davon haben, was unsere Gesellschaft im Innersten zusammenhält.

Das „Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit“ hat gleichwohl eine Chance, die von Nida Rümelin befürchtete Entkernung zu vermeiden. Dabei wird es gar nicht so sehr auf den Kanzler und seine Ministerriege

¹ Vgl. Eckhard Jesse, Krise (und Ende?) der Volksparteien in Aus Politik und Zeitgeschichte, 25.6.2021, www.bpb.de/apuz/zustand-der-demokratie-2021/335443/krise-und-ende-der-volksparteien

² Die Blockchain, eine der Grundlagen für hochspekulative Kryptowährungen, ist eine der bekanntesten Distributed-Ledger-Techniken.

³ Gabor Steingarts Morning Briefing vom 4. Dez. 2021

ankommen, sondern auf das gesellschaftliche Umfeld und wie die Parteien darauf reagieren. Die FDP hat auch seinerzeit auch erst 2 Jahre nach Bildung der ersten sozial-liberalen Koalition ihre Freiburger Thesen beschlossen und sich die programmatische Fundierung ihrer neuen Ausrichtung geschaffen.⁴ Ähnliches könnte auch jetzt geschehen. Der Wille zur Erneuerung scheint in allen drei Parteien vorhanden zu sein. Das Mantra der Geschlossenheit müsste dafür allerdings zugunsten einer offenen Debattenkultur (analog und digital) aufgegeben werden.

Zurück zur Ausgangsfrage.

Kann ein Bündnis besser sein als seine Bestandteile? Ganz sicherlich nicht, wenn es nur aus einer Addition der Bestandteile besteht. Ja, wenn es mehr als die Summe von Einzelinteressen ist.

Koalitionsvertrag aus Sicht der FDP

von Dr. Rudolf Rentschler

Aus liberaler Sicht sind von Bedeutung einmal die wirtschaftsliberalen Anliegen, die komplementär sind zu den Anliegen der beiden anderen Koalitionspartner; zum anderen Außen- und Europapolitik, sowie zur Gesellschaftspolitik, wo es sich oft nur abweichende Akzente handelt.

Im Folgenden sollen diejenigen markante Punkte im Koalitionsvertrag aufgezeigt werden, die aus Sicht der FDP besonders bedeutsam sind; dies jeweils mit Zeilenangabe im Koalitionsvertrag zum Zwecke der Transparenz. Zum Schluss folgt ein kurzes Fazit

A) Zunächst finden sich folgende wirtschaftsliberale Punkte im Koalitionsvertrag:

- i) Keine Steuererhöhungen
- ii) Keine Änderung der Schuldenbremse des Grundgesetzes
- iii) Kein generelles Tempolimit
- iv) Erhaltung der Privaten Krankenversicherung

Verankerung des Begriffes Marktwirtschaft, nunmehr mit der Bezeichnung sozial-ökologische Marktwirtschaft (702) Zu den Steuern ist zu sagen, dass die Aussage dazu eine eventuell kommende Besteuerung von Digitalkonzernen auf Grund internationaler Abmachungen nicht ausschließt. Der Erhalt der Schuldenbremse bedeutet keine schwarze Null und der Nachtragshaushalt des neuen Finanzministers gibt viel Spielraum für notwendige Investitionen. Die Absage eines generellen Tempolimits schließt die Einführung streckenbezogener Tempolimits nicht aus. Die unterschiedliche Behandlung bei der ärztlichen Terminvergabe und ähnliche Ungleichbehandlungen sind ein Ärgernis; es ist aber nicht zu übersehen, dass Privatversicherte auch kräftig zur Kasse gebeten werden. Eine ökologische Komponente der Marktwirtschaft gab es schon geraume Zeit in der FDP, insbesondere durch das Verursacherprinzip beim Umweltschutz schon seit 1970.

B) Außen- und Europapolitik

- i) Die **Finalität der Europäischen Union**: Ein dezentraler föderaler Europäischer Bundesstaat, welcher dem Subsidiaritätsprinzip verpflichtet ist (4415). Dies könnte auf längere Sicht der bedeutendste Punkt des Koalitionsvertrages sein;
- ii) Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion (4469)
- iii) Preisstabilität ist elementar für den Wohlstand Europas (4491)
- iv) Ersetzung der Einstimmigkeitsregelung in der Außen- und Sicherheitspolitik der EU im Ministerrat der EU durch Abstimmungen mit qualifizierter Mehrheit (4555)
- v) Unterstützung des EU Beitrittsprozesses der sechs Staaten der Westbalkanregion
- vi) Ein stimmiges und widerspruchsfreies Einwanderungsrecht (4649)
- vii) Wiederbelebung der internationalen Abrüstung und Rüstungskontrolle (4831)
- viii) Für eine Stärkung des Multilateralismus (4846)
- ix) Stärkung internationaler Abrüstungsinitiativen (4896)
- x) Unterstützung des Beitritts der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention
- xi) Engagement für die Arbeit des internationalen Strafgerichtshofes (4974)
- xii) Zivile Krisenprävention (4993)
- xiii) Frieden und Stabilität im Nahen und Mittleren Osten als Teil unserer zentralen Interessen (5251)

C) Klimapolitik

- i) Halbierung von Verfahrensdauer (285); wichtig allerdings auch außerhalb der Klimapolitik.
- ii) Förderung der Kreislaufwirtschaft (1331)
- iii) Aufbringung von privatem Kapital für Transformationsprojekte, gegebenenfalls auch mit Risikoabsicherung (2088)

⁴ Beueler-Extradienst vom 16. Oktober 2021, Die FDP - Zwischen „50 Jahre Freiburger Thesen“ und Ampelkoalition 2021 <https://extradienst.net/2021/10/16/die-fdp/>

- iv) Gehen eine verlässlichen und kosteneffizienten Weges zur Klimaneutralität spätestens 2045, der technologieoffen ausgestaltet ist (1764).
 - v) Festhalten am deutschen Atomausstieg.
 - vi) Fortschreibung der Wasserstoffstrategie (1932)
- vi) Ein klares Bekenntnis zu den Pariser Klimazielen mit einer Deckelung der CO² Emissionen vorwiegend gestützt auf den Emissionshandel.

D) Gesellschaftspolitik

- i) Einstieg in die teilweise Kapitaldeckung der gesetzlichen Rentenversicherung (2399)
- ii) Aus Hartz IV wird ein Bürgergeld, welches die Würde des Einzelnen achtet (2472) und mit besseren Zuverdienstmöglichkeiten versehen ist (2532)
- iii) Kontrollierte Abgabe von Cannabis an Erwachsene (2890)
- iv) „Bündnis für bezahlbaren Wohnraum“ (2930)
- v) Beste Bildung ein Leben lang (3107)
- vi) Verankerung eigener Rechte für Kinder im Grundgesetz (3117)
- vii) Einführung einer Kindergrundsicherung (3334)
- viii) Gesetzliche Verankerung sogenannter Verantwortungsgemeinschaften (3378)
- ix) Die Abschaffung des §219a StG (3585)
- x) Bei der Adoption minderjähriger Kinder soll eine Ehe nicht ausschlaggebendes Kriterium sein (3385)
- xi) Wiedergutmachung von NS Unrecht (3697)
- xii) Vereinfachung des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit (3964)
- xiii) Leistungsfähige Kommunen (4272)

Fazit: Der Koalitionsvertrag stellt ein umfassendes Handlungsprogramm der Ampelkoalition dar, das sorgfältig ausgearbeitet ist, gut zur liberalen Programmatik passt und geeignet ist, das Land nach vorne zu bringen, wie schon seit langen Jahren nicht mehr, unter voller Wahrung der Menschen- und Bürgerrechte.

Für welche Art von Friedenspolitik steht die Ampel ?

von *Susanne Willems*

Der im Januar 2021 in Kraft getretene Atomwaffenverbotsvertrag setzt der EU Grenzen in der Atombewaffnung, weil Österreich Vertragsstaat ist. Die Atomkriegspolitik der NATO einzuschränken, war Aufgabe derjenigen, die die Koalitionsvereinbarung verhandelt haben. Wäre es so abwegig, sich vorzustellen, Christian Lindner und Alexander Graf Lambsdorff hätten sich in Erinnerung an Guido Westerwelle dessen Initiative als Außenminister vor zwölf Jahren zu eigen und den Abzug aller amerikanischen Atomwaffen aus Deutschland zum Regierungsprogramm gemacht? Die Karten lagen gut für einen Ausstieg Deutschlands aus der nuklearen Teilhabe: Saskia Esken, Annalena Baerbock, Omid Nouripour und Reinhard Bütikofer hatten wie Katrin Göring-Eckardt, Claudia Roth, Sven Giegold, Anton Hofreiter und Konstantin von Notz zur Verabschiedung des Atomwaffenverbotsvertrags erklärt: „Als Abgeordnete geloben wir, auf die Unterzeichnung und die Ratifizierung dieses bahnbrechenden Vertrages durch unsere jeweiligen Staaten hinzuwirken,

Personalien I



David Profit ist seit dem 18. Mai 2021 [Staatssekretär](#) im [Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration Rheinland-Pfalz](#) und seit dem 8. Juni 2021 zudem Landesbeauftragter für gleichgeschlechtliche Lebensweisen und Geschlechtsidentität. David gehörte viele Jahre dem Landesvorstand der Jungdemokraten Rheinland-Pfalz und 1997 dem Bundesvorstand an.



Gemeinsam mit dem Chef der Thüringer Staatskanzlei, **Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff**, 1999 JD/JL Bundesvorsitzender, besuchte die Kulturstaatsministerin **Claudia Roth** am 10.12.2021 die Gedenkstätte Buchenwald.

Silke Krebs ist seit dem 16. September 2019 Staatsrätin im Bremischen Finanzressort bei Senator Dietmar Strehl. Sie war zuvor Staatsministerin bei Winfried Kretschmann in der Staatskanzlei Baden-Württemberg. Silke war 1991 Mitglied des Bundesvorstandes der JD/JL.



Heike Werner ist seit 2014 Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie in Thüringen. Sie war 1989 Gründungsmitglied der MJV, die 1992 mit den Jungdemokraten zur JD/JL fusionierten.

da wir die Abschaffung von Atomwaffen als hohes, globales öffentliches Gut begreifen und als einen wesentlichen Schritt zur Förderung der Sicherheit und des Wohls aller Völker.“

Was blieb von den persönlichen Bekenntnissen im Koalitionsvertrag übrig?

Was von der ICAN-Parlamentariererklärung spiegelt sich in der Koalitionsvereinbarung für die kommenden vier Jahre: Nicht mehr als eine Zusage, im Licht des Jahrzehnte fortgesetzten Scheiterns jeglicher Abrüstung im Rahmen des Atomwaffensperrvertrags als Beobachter an der Vertragsstaatenkonferenz des Atomwaffenverbotsvertrags im März 2022 in Wien teilzunehmen. Gefordert hatten die ICAN-Partner in einem Offenen Brief zu den Koalitionsverhandlungen am 5. Oktober 2021 dies allerdings als ersten Schritt zum Vertragsbeitritt, was hingegen die Koalitionsvereinbarung offen läßt. Dennoch begrüßen mit ICAN mehrere Organisationen der Friedensbewegung die immerhin erklärte Bereitschaft, diesen Beobachterstatus anzunehmen. Einen friedenspolitischen Impuls versprechen sich manche auch von dem Bekenntnis zu einer „feministischen Außenpolitik“. Ginge es dabei nur um führende Positionen von Frauen im derzeitigen System, wäre der Effekt gleich Null oder schlimmer; ginge es um die Bindung aller Außen- und Sicherheitspolitik an die Interessen der Mehrheit der Weltbevölkerung und deren Sorge, ihre Kinder vor Hunger, Unterernährung, Ausbeutung, Umwelterstörung und Krieg zu bewahren, hielte das Bekenntnis eine Meßlatte für künftige Regierungspolitik bereit.

Neue Atombomber, bewaffnete Drohnen und Vernichtung von Steuergeldern

Die friedenspolitische Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“ hat die Verpflichtung der Koalition zur gesetzlichen Regelung des Rüstungsexports begrüßt und verlangt, Haftung und Schadensersatz bei illegalem Waffenhandel für Verbände und Opfer einklagbar zu machen. Ansonsten verspricht die Koalitionsvereinbarung der Friedensbewegung nichts: Es bleibt bei der deutschen Teilhabe an der NATO-Politik der Drohung mit Atomkrieg, neue Trägerflugzeuge für die in Büchel lagernden US-Atomwaffen werden angeschafft, das atomare Rüsten geht weiter. Drohnen werden bewaffnet, Auslandseinsätze der Bundeswehr werden fortgesetzt, und insgesamt soll die unproduktive Verschwendung von öffentlichen Mitteln für Rüstung auf mindestens 2% des Bruttoinlandsprodukts gesteigert werden. Eine Höchstgrenze im Rahmen von drei Prozent des BIP ist nur der Entwicklungszusammenarbeit mit 0,7% gesetzt, neben derzeit einem Viertel davon für Diplomatie.

Mit neuen Feindbildern weit weg von Entspannungspolitik

Die schärfste Kritik aus der Friedensbewegung erntet die Koalitionsvereinbarung für ihre Feinderklärung gegen Rußland und China, und richtigerweise auch für die gegen Belarus und namentlich dessen gewählten Präsidenten. Weder eine ‚Grenzverwischung‘ zwischen Krieg und Frieden noch die Lüge ‚Krieg ist Frieden‘ kann Deutschland befähigen, die Charta der Vereinten Nationen zu verwirklichen.

Der Ausgangspunkt der Koalitionsvereinbarung im Kapitel VII zu Deutschlands Verantwortung für Europa und die Welt, das die Europapolitik, die Fragen der Integration, Migration und Flucht und die Außen-, Sicherheits-, Verteidigungs-, Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik behandelt, ist falsch und befördert Überheblichkeit: als viertstärkste Volkswirtschaft in der Welt und größtes Land in der Europäischen Union soll Deutschland agieren, obgleich das Bruttoinlandsprodukt nur ein Indikator des ungerecht verteilten Zugangs zu den Reichtümern der Erde ist. Will diese Bundesregierung es dabei belassen, bleibt ihr nur die Lebensweise in Deutschland, den Wohlstand, die Freiheit und den Frieden in einem durch Stacheldraht, Mauern und Meere des Todes abgeschotteten Unionseuropa und durch militärische Interventionen in osteuropäischen, asiatischen und afrikanischen Ländern zu verteidigen. Reichtum zu teilen, wäre die friedensstiftendere Alternative.

Pandemie

Hang zum Obrigkeitsstaat ?

von Roland Appel

Die Pandemie fordert ihre Opfer - auch ihre demokratischen. Kein Zweifel - ich halte ideologisierte Impfgegner, Schwurbler, Verschwörungsmithenanhänger und selbsternannte "Querdenker" für eine Gefahr für die Gesellschaft, weil sie die Prinzipien von Solidarität, Demokratie, und Freiheit, die dort endet, wo sie die Freiheit und das Leben anderer bedroht, in Frage stellen. Ich halte *derzeit* eine *einrichtungsbezogene Impfpflicht* für sinnvoll, zielführend und durchsetzbar. Ob eine allgemeine Impfpflicht sinnvoll sein kann, muss sich an der Frage messen lassen, ob und wie sie zu verwirklichen ist. Daran sind erhebliche Zweifel angebracht. Aber was reaktionäre Rechtspolitiker derzeit im Zuge der Corona-Krise veranstalten, hat mit einer liberalen, verhältnismäßigen Rechtspolitik nichts mehr zu tun. Ihnen sei entgegengehalten, dass das Strafrecht nicht geeignet ist, um Menschen zu überzeugen, und immer auch in der Krise allerletztes Mittel bleiben muss, um unerwünschtes Handeln zu sanktionieren.

Personalien II



Katharina Binz ist seit dem 18. Mai 2021 [Ministerin für Familie, Frauen, Kultur und Integration](#) des Landes Rheinland-Pfalz und seit 15.12.2021 stellvertretende Ministerpräsidentin. Katharina Binz war wie David Profit bei den Rheinland-Pfälzischen Jungdemokrat*innen aktiv und kommt aus dem Kreisverband Mainz.



Malte Krückels ist seit 5. 12.2014 Staatssekretär für Medien und Bevollmächtigter des Freistaats Thüringen beim Bund. Malte gehörte gemeinsam mit Benjamin Hoff 1999 dem Bundesvorstand der Jungdemokraten an. Er kommt wie Katharina Binz aus Rheinland-Pfalz.



Prof. Dr. Lena Kreck ist seit 21.12.2021 Senatorin für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung in Berlin. Lena war anfang der 90er Jahre Landesvorsitzende der Jungdemokrat*innen Rheinland-Pfalz und 2003 JD/JL Bundesvorsitzende, später Vorsitzende des Linke-Jugendverbands Solid.



Dr. Klaus Lederer wurde auch in der neuen Koalition in Berlin Senator für [Kultur und Europa](#). Klaus Lederer war Mitglied der MJV zur Zeit der Fusion mit den Jungdemokrat*innen anfang der 90er Jahre.

Unverhältnismäßigkeit der Strafdiskussion.

Abschreckendes Beispiel ist die derzeitige Diskussion in Österreich. Die autoritäre Schwarz-Grüne Regierung plant, die Bürger*innen zur Impfung vorzuladen und bei Nichtbefolgung dieser Zwangsmaßnahme mit bis zu € 3.600 Geldbuße zu belegen. Ein ähnliches Vorgehen in Deutschland würde bedeuten, dass die Krankenversicherungen und Beihilfeträger ihre Kunden auffordern, sich bis zu einem Stichtag impfen zu lassen und ihnen im Falle der Zuwiderhandlung ohne Rechtfertigungsgrund ein Bußgeld von € 2.500 anzudrohen - so sieht es die Masern-Impfpflicht seit 2019 vor. Im gleichen Atemzug wird von manchen ein nationales Impfregeister gefordert. Dabei ist dies völlig unnötig, selbst wenn es zu einer allgemeinen Impfpflicht käme, denn jede*r Versicherte kann über die Krankenversicherungsträger erreicht werden. Ein zentrales Impfregeister halte ich für problematisch und vor allem nicht in der durch die "Omikron-Variante" gebotenen Eile umzusetzen. Auch sind erhebliche Zweifel an der Verhältnismäßigkeit von Strafandrohungen geboten. Nicht so Eiferern der autoritären Justiz. Der Göttinger Strafrechtler Professor Duttke - Mitglied einer Juristenvereinigung von "Lebensschützern" - etwa vergleicht Impfverweigerer mit Trunkenheitsfahrern, die nach [§ 316 StGB](#) mit bis zu einem Jahr Gefängnis bestraft werden könnten. Und [Prof. Kathi Gassner](#), Rechtslehrerin an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, erklärte kürzlich gegenüber dem Redaktionsnetzwerk Deutschland, hartnäckige Impfverweigerer könne man durchaus mit bis zu zwei Jahren Gefängnis bestrafen.

Permanentes Notstandsdenken

Eine derartige Höchststrafe wäre nicht einmal mehr zur Bewährung auszusetzen. Dass derartig aus liberaler Strafrechtslehre völlig überzogene und unverhältnismäßige Vorschläge ernsthaft in die Diskussion gebracht werden, legt die Vermutung nahe, dass der faktische Notstand, in den die Pandemie die öffentliche Diskussion versetzt hat, eine Art "permanentes Notstandsdenken" etabliert hat, wie es bereits aus der Terrorbekämpfung im "Deutschen Herbst" und nach den Anschlägen auf das World Trade Center "9/11" bekannt ist. Bestimmte autoritäre Kräfte sind der Meinung, dass mit überzogenem staatlichen Handeln eine in diesem Fall von fehlgeleiteten "Querdenkern" und böswilligen Rechtsextremisten, der AfD und Reichsbürgern in Frage gestellte Ordnung wieder hergestellt werden könne. Im gleichen Zug wird jedoch die Demokratie nachhaltig beschädigt und eingeschränkt. Derart autoritäre Impulse spielen den falschen Freunden des Grundgesetzes von rechts indirekt sogar noch in die Hände. Ein derartiges Übertreten angemessenen und verhältnismäßigen Handelns des Staates ist nicht neu: So wurden auch etwa 1987 Kritiker der Volkszählung, die in begründeter Sorge um die Grundrechte zum Boykott aufrufen, mit drakonischen Strafen, Buß- und Zwangsgeldern bedroht, die jedoch fast alle im nachhinein von den Gerichten aufgehoben und auf ein verhältnismäßiges Maß reduziert wurden.

"Epidemische Lage" missbraucht

Nein, es geht hier nicht darum, die Aktionen und Provokationen selbsternannter rechtsextremer möchtegern-Grundrechtsverteidiger zu exkulpieren. Aber deren Übergriffe dürfen nicht den Blick auf reale Grundrechtseinschränkungen verstellen. Viel zu häufig wurden und werden Grundrechte von Demokraten in der Pandemie in Frage gestellt oder behindert, ohne dass dies durch Infektionsschutz oder die Gefahren, die von einer Eskalation der Demonstration ausgehen könnten, gerechtfertigt wäre. So wurden wiederholt zu Beginn der Pandemie auch solche Demonstrationen nicht genehmigt oder verboten, die sich mit Masken, Abständen und Tests bemühten, die damals bekannten Risiken auszuschließen.

Die symbolische "Blockade" des Atomlagers in Ahaus durch 20 Personen war eine rühmliche Ausnahme: NRW - [Landesinnenminister Reul hatte die Kommunen pauschal angewiesen "keine Demonstrationen zu erlauben"](#). Der "Extradienst" hat darüber ebenso berichtet, wie über viele völlig unverhältnismäßige Eingriffe in Grundrechte, die möglich wurden, weil der Bundestag die *"pandemische Lage von nationalem Ausmaß"* als pauschale Rechtsgrundlage beschlossen hat. In deren Folge die Verwaltungen und Regierungen zu grundrechtlich zweifelhaften Handlungen ermächtigt wurden, die nach einer kontroversen Diskussion im Parlament wohl kaum Bestand gehabt hätten:

Überzogenes Verwaltungshandeln

So liess das [Niedersächsisches Gesundheitsministerium](#) im Frühjahr 2020 gegen den erklärten Protest der Landesbeauftragten für den Datenschutz Daten aller [Corona-Erkrankten und -verdächtigen in Quarantäne an die Polizei übermitteln](#). Bayern untersagte in der Pandemie Einzelpersonen, sich beim Spaziergang auf einer Bank auszuruhen, während Sachsen die mögliche Entfernung der Spaziergänger von ihrer Wohnung limitierte. Schleswig-Holstein verbot den Ferienhausbesitzern aus Hamburg, ihre Wohnungen aufzusuchen. [Ortsbürgermeister etwa in Mecklenburg-Vorpommern haben sogar ihre Satzungen dafür geändert](#). Sie ignorierten, dass es völlig gleichgültig ist, wenn Mindestabstände und die allgemein gültigen Regeln der Vorsorge eingehalten werden, ob Menschen in Köln oder am Rursee, in Düsseldorf oder im Bergischen Land etwa die Ostertage verbringen. Vor dem Virus schützen Abstände, Kontaktreduktion, Befolgen der Hygienerichtlinien. Die Pandemie erlebte viele Schikanen - so etwa, dass sich im Sommer 2021 vollständig geimpfte Bewohner*innen in einem baden-württembergischen Altenheim das gemeinsame Essen im Speisesaal erst per Verwaltungsgericht wieder erkämpfen mussten.

Polizei: Übergriffe und Versagen

Im April 2020 brach die Polizei in die [Wohnung eines 32-jährigen ein](#), nur weil er versucht hatte, zu einer Demonstration aufzurufen, obwohl nicht klar war, dass dessen Aufruf überhaupt geeignet war, eine Versammlung zusammenzubringen, beschlagnahmte man drei Computer und nahm ihn in Haft. Am 5. April 2020 wollten in Berlin einige linke Aktivisten mit einem spontanen [Autokorso auf die Flüchtlingssituation](#) in Moria und anderen Lagern in Griechenland aufmerksam machen. Zu diesem Zweck beklebten sie ihre Fahrzeuge mit Parolen "Grenzen auf! - Moria evakuieren" - u.a.. Nach einer Stunde wurden die Fahrzeuge von der Polizei gestoppt. Der Vorwurf: Verstoß gegen das Versammlungs- und Infektionsschutzgesetz. In den PKW saßen Corona-konform nicht mehr als zwei Personen, die allesamt Mundschutz trugen. Wer durch die Plakate oder Banner an den Autoscheiben gefährdet sei, wollten oder konnten die Polizisten vor Ort nicht sagen. Gleichzeitig gelang es Corona-Leugnern und Q-Anon-Anhängern, AfD und Rechtsextremisten immer wieder, sei es beim "Sturmchen auf den Bundestag" [oder am 9. November 2020](#), praktisch mit Hilfe der Behörden und der Polizei die Demonstrationsfreiheit zu mißbrauchen und gegen jegliche Auflagen zu verstoßen. Auch aktuell lässt etwa die sächsische Polizei immer noch Demonstrationen von tausenden Coronagegnern laufen und löst linke Gegendemonstrationen auf und nimmt Teilnehmer*innen fest.

"Tiefpunkt der Rechtsfindung" - Unglauben, Empörung und Zorn

Viele Verfassungsrechtler und liberale Kritiker dieser Übergriffe haben deshalb vom Bundesverfassungsgericht erwartet, dass dieses Leitlinien für zukünftige Anordnungen der "epidemischen Lage von nationaler Tragweite" beschließen werde und wurden bitter enttäuscht. Der Jurist und Bürgerrechtler Heribert Prantl findet für das Urteil des BeVerfG zu den Lockdowns nur Worte des [Unglaubens, der Empörung und des Zorns](#). Denn das Bundesverfassungsgericht, so Prantl, habe praktisch das Handeln des Staates unter diesem Gesetz pauschal abgenickt und die Verhältnismäßigkeit in eine Art Zustand der Stasis versetzt. Ähnlich formulierte es Michael Bertrams, ehemaliger Präsident des Landesverfassungsgerichts NRW im "Kölner Stadtanzeiger", der die fehlende Definition solcher Leitlinien bemängelt und einen *"Tiefpunkt der Rechtsfindung"* konstatiert. Dabei hat das Gericht schon im Vorfeld schwere Fehler gemacht und auf eine mündliche Verhandlung verzichtet, aber der Bundesregierung im Rahmen eines von Angela Merkel gegebenen Dinners die Möglichkeit eingeräumt, ihre Position zu grundrechtsbeschränkenden Maßnahmen ausführlich darzulegen. - Ein Verstoß gegen das Neutralitätsgebot.

Grundrechtliche Leitlinien vermisst

Dieser Fauxpas geht vor allem zulasten des neuen Gerichtspräsidenten Stephan Harbarth, der als Duzfreund Merkels bis vor kurzem CDU-Bundestagsabgeordneter war und ein offensichtlich absonderliches Verständnis von Gewaltenteilung zutage treten lässt. Dass eine mündliche Verhandlung nicht stattfand, aber die Bundesregierung gegenüber zwei Richter*innen exklusiv Stellung nehmen konnte, ist in der jüngeren Geschichte des Verfassungsgerichts einmalig. Was aber viel schwerer wiegt, ist das Unterlassen des Gerichts, der Politik auch in schwerer Gefahrenlage rote Linien aufzuzeigen, die sich aus der Abwägung der Grundrechte ergeben, die die Regierungen auch in der pandemischen Lage beachten müssen. Die Folgen für die Demokratie sind noch gar nicht absehbar. Das Urteil habe, so sind sich die beiden Experten einig, der eigenen Rolle des Verfassungsgerichts als Hüterin der Grundrechte schweren Schaden zugefügt.

Allgemeine Impfpflicht wie durchsetzbar?

Verfassungsrechtliche Überlegungen, ob eine allgemeine Impfpflicht verhältnismäßig *und* durchsetzbar sein könnte, hätten im Zusammenhang mit den Urteilen hilfreich sein können. Denn auch die aktuellen Forderungen des Ethikrates., die eine allgemeine Impfpflicht befürworten, bedeuten noch nicht, dass es verhältnismäßige und gleichzeitig wirkungsvolle und geeignete Maßnahmen zu ihrer Durchsetzung gibt. Völlig ungeeignet, geradezu illusorisch - insbesondere zur rechtzeitigen und schnellen Bekämpfung der "Omikron-Variante" - scheint nach aller Erfahrung mit ähnlichen Dateien die Forderung des Ethikrates nach einem zentralen nationalen Impfreister zu sein. Zum einen müsste hierfür zusammen mit einem Gruppenantrag im Bundestag die entsprechende Rechtsgrundlage geschaffen werden, die im Rahmen der strengen Vorschriften der DSGVO über sensible personenbezogene Daten den Zugang zu diesen Daten besonders sorgfältig regeln müsste. Aber selbst wenn dies gelänge, wird der gesetzeskonforme Aufbau einer solchen Datei nach allen praktischen Erfahrungen Monate dauern. Zeit, die wir alle wegen "Omikron" nicht haben. Um die Bürgerinnen und Bürger zum Impfen aufzufordern, braucht es ein solches Register nicht: Briefe aller Krankenkassen und der Beihilfestellen würden alle Versicherten flächendeckend erreichen - das kennen die älteren Bürger*innen schon von der FFP2-Maske. Zur Sanktionierung jedoch sind Fristen nötig und die sind beim Impfen relativ unbestimmbar, nicht zuletzt, weil der Zugang zu Impfungen nicht überall gleichwertig und kurzfristig verfügbar ist. Deshalb bleibt realpolitisch entgegen irrtümlichem Glauben an autoritäre Lösungen nur, noch mehr aufzuklären, Ängste zu nehmen, Anreize zu bieten und flächendeckend mehr niedrigschwellige und aufsuchende Impfangebote - z.B. in Zusammenarbeit mit Pflegediensten - zu schaffen und durch G 2 und G 2 plus Impfsäumige zu überzeugen und ggf. zu nerven.

Feuilleton

Als Olaf Scholz (fast) zu spät kam

von Roland Appel

Seit den 50er Jahren pflegten die Jungdemokraten als erste der "Regierungsjugend" Kontakte mit der DDR. Wolfgang Mischnick, Hans-Dietrich Genscher und Wolfgang Schollwer, reisten lange vor den Sozialdemokraten in die DDR, Schollwer, der 2021 99-jährig von der FDP längst vergessen an Covid verstarb, war einer der Architekten der Entspannungspolitik der sozialliberalen Koalition.

In der Tradition dieses Ostdialogs durfte ich 1984 als Delegationsleiter der Jungdemokraten zum "Internationalen Herbstlager der FDJ" reisen. Wegen des Afghanistan-Einmarschs der Sowjets war zwischen FDJ, Jusos und DJD vereinbart, dass es keine Abschlussresolution geben solle. In der täglichen Delegationsleitersitzung schlug der Vorsitzende der "Jungen Europäischen Föderalisten" vor, man könne doch eine solche verabschieden. MSB Spartakus, SHB und SDAJ als DDR-treue und DKP-nahe Anhängsel griffen das dankbar auf und auch die Jusos, deren Delegationsleiter noch nicht erschienen war, stimmten plötzlich zu. Das Kopfschütteln des JD-Delegationsleiters - ich saß Gunter Rettner, dem Sekretär des ZK der FDJ direkt gegenüber - verhinderte am ersten Abend noch jeden Versuch. Am Folgeabend insistierte die JEF, deren Vertreter, wie sich später herausstellte, Informant des Verfassungsschutzes war, pro Resolution. Ebenso wie die Jusos - "Antirevis" aus dem Kreisverband Köln, die abermals keine Bedenken hatten. "Nu, dann gönnen wir ja morgen mal einen Entwurf vorlegen" kam es von der FDJ.

Brenzlige diplomatische Situation: So raste ich am nächsten Morgen von Potsdam nach Ostberlin, wo man im "Palazzo Prozzo" - Palast der Republik - per Münzfernsprecher in die Bundesrepublik telefonieren konnte. Dass die Stasi auch da mithörte, was unvermeidbar, aber immer noch besser, als peinlich unter den Augen der FDJ zu telefonieren. Ich rief den mir langjährig vertrauten Bundesgeschäftsführer der Jusos, Rudolf Hartung, an, damit er seinen Delegationsleiter umgehend herbeischaffen solle, um seine Leute vor politischen Fehlern zu bewahren. Der kam dann auch innerhalb eines halben Tages in Jeans und den inzwischen bekannt noch langen Haaren um die Ecke geschlappt: Stellv. Bundesvorsitzender der Jusos, Olaf Scholz.

Am Abend war jegliche Abschlusserklärung vom Tisch, weil er der FDJ klargemacht hatte, dass zwischen DJD und Jusos kein Blatt Papier passe - der Rest politischer "Schwergewichte" inclusive ihrer eigenen West-Partnerflöten war in den Augen der FDJ ohnehin politisch irrelevant. Nun stand noch die symbolische Entschädigung für meinen "Tag des Adrenalins" an. Die FDJ hatte zum gemeinsamen Saunabesuch der Delegationsleiter geladen. Ich hasse Sauna und entschuldigte mich. Olaf nahm die realsozialistische Sauna tapfer auf sich, nicht zuletzt, weil zu verhindern war, dass bei solchen Anlässen die "Kommis" sich allein absprechen konnten. Als wir uns 2015 am Rande des Daimler-Nachhaltigkeitsdialogs wieder trafen, hatte er diesen Saunabesuch nicht vergessen. Ich bin deshalb sicher: Olaf Scholz ist gut darin, gerade noch rechtzeitig zu kommen, um Schlimmeres - diesmal Jamaika - zu verhindern.

Veranstaltungen 2022

Vorstand und MV des Radikaldemokratischen Bildungswerk werden in den kommenden Tagen und Wochen über das Programm und Veranstaltungen 2022 beraten. Trotz der schwierigen Lage durch Corona soll es mindestens eine Präsenzveranstaltung geben. Als Themen bieten sich sowohl die 2020 und 2021 verschobenen Themen Rechtsextremismus und Antisemitismus sowie Friedens- und Außenpolitik an. Insbesondere die Auseinandersetzung mit der neuen "Werteorientierten" Außenpolitik der "Ampler" ("wie Templer" - Helmut Schäfer) dürfte dabei spannend und kontrovers werden.

Wenn wir erst eine Stiftung sein dürfen...

Manche "Ehemaligen" werden sich gewundert haben, was es mit der "Radikaldemokratischen Stiftung" und dem "Radikaldemokratischen Bildungswerk e.V." auf sich hat. Hier auf vielfältigen Wunsch noch einmal eine Erklärung: Als wir 2019 beschlossen haben, eine Plattform für die Aktivitäten des JD-Oldienetzwerkes zu gründen, stand zunächst der Name "Radikaldemokratische Stiftung" über allen Satzungsentwürfen. Bei der Gemeinnützigkeit gab es keine Schwierigkeiten, aber das Amtsgericht Bonn bestand darauf, dass wir uns nicht "Stiftung" nennen dürften. Obwohl die Konrad-Adenauer Stiftung der CDU und die Friedrich-Naumann-Stiftung ebenfalls in Bonn anerkannt wurden, obgleich sie keine Stiftungen bürgerlichen Rechts, sondern Vereine sind, hielt man uns ein Urteil des OLG Köln von 2014 vor, demnach man mindestens 100.000 € Startkapital irgendwann einmal haben müsse, um sich "Stiftung" nennen zu dürfen. Um handlungsfähig zu bleiben und mit der Bildungs- und Förderarbeit beginnen zu können, gründeten wir also parallel und in Personalunion die Radikaldemokratische Stiftung i.G. als nicht eingetragenen Verein, der den Namen innehat und das Radikaldemokratische Bildungswerk e.V., das nun gemeinnütziger Träger von Veranstaltungen ist. Sollten wir z.B. durch Zustiftungen und/oder Erbschaften (Lotto spielt unser Schatzmeister nicht) in die Lage kommen, den Bedingungen des Urteils zu entsprechen, wird einer Umbenennung des Bildungswerkes nichts mehr im Wege stehen. Vielleicht für den oder die eine oder andere ein Anreiz, dabei mitzuhelfen.

Vor dem 31.12.2021 freut sich unser Schatzmeister Claus-Jürgen Cohausz über Spenden und Zustiftungen zum Jahresende auf das Konto des Radikaldemokratischen Bildungswerk e.V. bei der Volksbank Köln-Bonn IBAN DE 75 3806 0186 4906 4770 12

Die Spendenquittung folgt wie immer umgehend.

Geschichte der Radikalen Demokratie:

Vor 90 Jahren

erschien im "Echo" der radikalen Demokratie aus Nürnberg, der Zeitung der Jungdemokrat*innen, die 1930 nach der Fusion von DDP und dem antisemitischen "Jungdeutschen Orden" zur Staatspartei die Radikaldemokratische Partei gegründet hatten, im Frühjahr 1932 zu den bayerischen Landtagswahlen der nebenstehende Aufruf.

Die Landtagswahlen brachten eine bürgerliche Koalition von Bayerischer Volkspartei und Bayerischem Bauern- und Mittelstandsbund, die NSDAP wurde knapp hinter der BVP zweitstärkste Partei, die SPD bekam 15,5% Die Regierung von Heinrich Held wurde am 10.März 1933 von den Nazis entmachtet.

Wahlauf Ruf der radikaldemokratischen Reichsleitung zu den Landtagswahlen.

Der Reichsparteivorstand der Radikaldemokratischen Partei hat zu den Landtagswahlen am 24. April folgenden Aufruf an die Mitglieder gerichtet:

„Am 24. April gilt es, im ganzen Reich endgültige Abrechnung mit dem Faschismus zu halten, in Preußen das letzte Volkswerk der demokratischen Republik zu stärken: Braun und Severing müssen bleiben! Da unsere Zeit für die Schaffung einer eigenen, wirklich einflussfähigen parlamentarischen Vertretung noch nicht gekommen ist, fordern wir unsere Mitglieder und Freunde auf, zu den kommenden Landtagswahlen die Partei zu wählen, die neben uns in der Eisernen Front steht, die SPD. Vor dem großen und wichtigsten Ziele, zum Besten des ganzen deutschen Volkes endgültig Hitler und seine Bürgerkriegsarmeen verschwinden zu lassen, haben im Augenblick parteipolitische Bedenken und Auseinandersetzungen in den Hintergrund zu treten. Schafft am 24. April das Phantom des Dritten Reiches gründlich aus der Welt und kämpft mit Eurem Stimmzettel für den Wiederaufstieg und die Verwirklichung der zweiten demokratischen und sozialen Republik.“